

JOANNA WIESLER

## DIE KINDERFÜRSORGE UND DER ALLTAG POLNISCHER FAMILIEN IN DEN 1980ER-KRISENJAHREN

### DIE ARBEIT DER GESELLSCHAFT DER KINDERFREUNDE [TOWARZYSTWO PRZYJACIÓŁ DZIECI]

Die wirtschaftliche Notlage im Polen der 1980er Jahre veränderte das Alltagsleben in vielfältiger Hinsicht. Die mangelhafte Lebensmittelversorgung oder der sich verschlechternde Zustand im Gesundheitswesen verursachten nicht selten Probleme bei Familien und in vielen Bereichen des Fürsorgesystems. Die Situation in den Krisenjahren zwang die Bevölkerung dazu, sich neu zu orientieren. Das galt auch für die seit der Zwischenkriegszeit existierende Gesellschaft der Kinderfreunde (*Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*, TPD).<sup>1</sup> Inwieweit kann man dabei von einer „Anpassung“ der Arbeit der TPD an die Situation in den 1980ern sprechen? Zu welchen organisatorischen Umwandlungen der Organisation kam es in dieser Periode? Konnte sie zu diesem Zeitpunkt andere Initiativen entwickeln? Und wie beeinflusste diese Periode die spätere Tätigkeit der TPD?

---

<sup>1</sup> Die Gesellschaft der Kinderfreunde wurde 1949 mit Zusammenschluss der Arbeitergesellschaft der Kinderfreunde (*Robotnicze Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*, RTPD) und der Bauergesellschaft der Kinderfreunde (*Chłopskie Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*, ChTPD) gegründet. Die RTPD entstand 1919 aus der Initiative der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS). Nach dem Zweiten Weltkrieg reaktivierte das Lubliner Komitee 1944 die RTPD, was ein klares Zeichen dafür war, welche Position die Gesellschaft im neuen Fürsorgesystem einnehmen würde. Anfang 1946 wurde für die Arbeit auf dem Land die ChTPD berufen. 1949–1956 gehörte zu ihren wichtigsten Aufgaben die Durchsetzung der politischen Richtlinien der sozialistischen Erziehung. Nach dem *Polnischen Oktober* 1956 fing die TPD mit der auf den Traditionen der RTPD basierenden Arbeit im familiären Milieu an; vgl. STANISŁAW TUŁODZIECKI, Dorobek XX-lecia i zamierzenia Towarzystwa Przyjaciół Dzieci na lata 1966–1970, Vortrag gehalten auf der Vollversammlung des TPD-Vorstands, Warszawa, 9. Juni 1964, S. 3–10 (als Druckschrift erschienen).

Eben diese Fragen stehen im Vordergrund der folgenden Analyse. Anzumerken ist, dass in der Geschichte der TPD die Befolgung staatlicher Richtlinien nichts Neues war. Diese Grundhaltung in der Zeit des Kommunismus kann nicht verwundern, zumal die Organisation in vielen Bereichen der Fürsorge eine Ergänzung zu den staatlichen Initiativen bildete. Die TPD-Aktivitäten gaben jedoch nie die Bestrebungen nach möglichst breiter Selbständigkeit auf. Kam es also in den Krisenjahren zu einer Abweichung von den durch den Staat aufgezwungenen Anweisungen?

Vor einer Untersuchung der Arbeit der TPD im letzten Jahrzehnt des Kommunismus ist es sinnvoll, sich ein Bild über den früheren Zustand des polnischen Fürsorgesystems zu machen. Über dessen Schwächen und die daraus resultierenden Konsequenzen seit den 1950er Jahren äußerten sich Pädagogen<sup>2</sup> aufwändig in der Fachliteratur; sie warfen den Institutionen einen fehlenden Überblick über die Probleme im Elternhaus und ein fehlendes übergreifendes Ressort vor, welches einen schlüssigen Arbeitsplan der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen hätte vorlegen können. Davon ausgehend versuchte die Volksrepublik nach der Bildungsreform von 1961,<sup>3</sup> unter dem Motto „Erziehung im Milieu“, eine effektive Zusammenarbeit zwischen Schule, Familie und staatlichen sowie gesellschaftlichen Institutionen zu begründen. Außerdem war Warschau bestrebt, das Gerichtswesen und die Miliz noch stärker in den Kampf gegen Jugendkriminalität einzubeziehen. Dieses Konzept brachte jedoch keinen größeren Erfolg: Einerseits stieß es auf wenig Gegenliebe der Eltern, andererseits fehlte es in den schulischen und anderen Organisationen an qualifiziertem Personal.

Ein paar Jahre später, im Februar 1973, traf der „Bericht über den Stand des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen“<sup>4</sup> auf dem Schreib-

---

<sup>2</sup> MARIAN BALCEREK, Funkcjonowanie systemu opiekuńczo-wychowawczego na rzecz rodziny, in: Funkcje socjalizacyjno-wychowawcze, kulturowe i opiekuńcze rodziny oraz współdziałających z nią instytucji i organizacji wyspecjalizowanych. Referaty, Warszawa 1980; JANINA MACIASZKOWA, Rodzina a sierocwo społeczne, in: Studia Pedagogiczne. Pedagogika opiekuńcza – podstawy metodologiczne i wybrane kierunki opieki nad dzieckiem, Wrocław u. a. 1992.

<sup>3</sup> Beschluss des VII. Plenums des Zentralkomitees der PZPR über die Reform des Grund- und Mittelschulwesens 21.1.1961, in: Bildungspolitik in der Volksrepublik Polen 1944-1986. Quellensammlung mit einleitender Darstellung und Kommentaren, hg. v. SIEGFRIED BASKE, Bd. 1, Berlin 1987, S. 405 f.

<sup>4</sup> Am 30. Januar 1971 wurde aufgrund der Initiative des Politbüros des ZK der PZPR ein Expertenkomitee zur Durchführung einer Analyse zum Stand des Bildungssystems und zur Bearbeitung des Projektes eines zukünftigen Modells des Bildungswesens in Polen einberufen, vgl. WINCENTY OKON, Główne założenia raportu o stanie oświaty, in: Kwar-

tisch des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Edward Gierek ein. Der Rapport beurteilte das damalige Bildungssystem und ebnete den Weg zu seiner Modernisierung. Noch im selben Jahr verabschiedete der Sejm einen „Beschluss über das Nationale Edukationssystem“ mit der langfristig geplanten Bildungsreform.<sup>5</sup> Zugleich übte das Expertenkomitee Kritik an der polnischen Kinderfürsorge.<sup>6</sup>

Die im Bericht besprochenen Punkte waren indes schon zuvor bekannt gewesen. Im Laufe der Jahre stieg jedoch die Anzahl der Familien mit sozialen Dysfunktionalitäten, wodurch immer mehr Kinder von der sozialen Verwaisung bedroht wurden.<sup>7</sup> Zu deren ersten Symptomen gehörten meistens Abwesenheit vom Schulunterricht sowie Alkoholkonsum und kriminelle Vergehen der Eltern. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre betrug der Anteil der Kinder ohne lebende Eltern in den Waisenhäusern nicht mehr als sieben Prozent<sup>8</sup> der dort untergebrachten Minderjährigen. Im Jahre 1982 waren es nur noch 5,2 Prozent.<sup>9</sup> Zugleich wuchs die Anzahl der Gerichtsentscheidungen über die Entziehung des Sorgenrechts.<sup>10</sup>

---

talnik Pedagogiczny 18 (1973), H. 4, S. 9-22, hier S. 11. Den Vorsitz hatte der Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Professor Jan Szczepański. Dem Komitee gehörten auch Ministerialbeamte, über zwanzig Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und Schulleiter an; vgl. Verordnung des Ministers für Bildung und Hochschulwesen vom 30.1.1971 über die Berufung des Expertenkomitees für die Erarbeitung des Berichts über den Stand des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen, in: BASKE, Bd. 2, S. 513 f.

<sup>5</sup> Beschluss des VII. Plenum, in: BASKE, Bd. 2, S. 565 ff.

<sup>6</sup> Raport o stanie oświaty w PRL, Warszawa 1973, S. 307-315.

<sup>7</sup> Unter „sozialen Waisen“ versteht man die Minderjährigen, die Eltern oder einen Elternteil hatten, die aber aus verschiedenen Gründen nicht ihre fürsorglichen Pflichten gegenüber ihren Kindern ausüben konnten. Archiwum Akt Nowych, Warschau (hiernach: AAN), Bd: Ministerstwo Sprawiedliwości w Warszawie 1945–1984, 11/15 – Departament Spraw Nielietniczych. Raport o stanie sierocina społecznego w Polsce oraz współdziałaniu w zapobieganiu i zwalczaniu tego zjawiska, Warszawa 1981.

<sup>8</sup> Betriebsarchiv der Gesellschaft der Kinderfreunde in Ciechanów (hiernach: TPD Ciechanów), Protokół z plenarnego posiedzenia Zarządu Wojewódzkiego w Ciechanowie, 3.11.1977, S. 9 f.

<sup>9</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/17 – Posiedzenie Prezydium Rady ds Rodziny, protokół z materiałami 1984. Sytuacja w placówkach opiekuńczo-wychowawczych ze szczególnym uwzględnieniem domów dziecka, Warszawa 1984.

<sup>10</sup> Im Jahre 1980 gab es fast 21.000 Gerichtsentscheidungen über die Entziehung der elterlichen Gewalt, was im Vergleich zum Jahre 1965 mehr als das Doppelte war. AAN, Bd.:

Nach dem kritischen Bericht wurden neue Schritte für die „Reparatur“ des Fürsorgesystems eingeleitet. Die Reformstimmung setzte der Staat in der Anordnung vom 12. April 1973 „über die Aufgaben der Nation und des Staats in der Erziehung der Jugend und ihrer Teilnahme am Aufbau des sozialistischen Polens“<sup>11</sup> um. In den Folgejahren wurden zur Optimierung des Fürsorgesystems in vielen Bereichen neue Gesetze verabschiedet. Vor allem sicherte man die Alleinerziehenden und die Pflegeeltern finanziell ab.<sup>12</sup> Für die Koordinierung der Arbeit auf der ministerialen Ebene wurde ein Familienrat geschaffen,<sup>13</sup> man berief bei der Generalstaatsanwaltschaft in Warschau die Prophylaxeabteilung<sup>14</sup> ein und letztendlich mit Anordnung vom 1. Januar 1978 Familiengerichte.

Die Reformen der 1970er Jahre waren für die Anpassung des Fürsorgesystems an die sozialen Probleme im Lande bedeutsam, brachten aber wenig Erfolg in der Bekämpfung der sozialen Dysfunktionalitäten. Besonders stießen die Familiengerichte auf Kritik. Rechtswissenschaftler beanstandeten, dass die Richter mit den Angelegenheiten überlastet seien und es dadurch in den Verfahren an Sorgfalt mangle. Ebenso ließ die pädagogische Vorbereitung der gerichtlichen Kuratoren viel zu wünschen übrig.<sup>15</sup> In diesem überforderten System galten weiterhin Alkoholkonsum und Kriminalität der Eltern als die wichtigsten Verursacher pathologischer Verhältnisse im Familienhaus. Nach den Untersuchungen des In-

Ministerstwo Sprawiedliwości w Warszawie 1945–1984, 11/15 – Departament Spraw Nielietnicz. Raport o stanie sierociew społecznego.

<sup>11</sup> Zjawiska patologii życia rodzinnego w Wielkopolsce oraz ich społeczno-prawne konsekwencje. Materiały IV sesji naukowej poświeconej problemom kryminologicznym Wielkopolski, hg. v. ALEKSANDER RATAJCZAK, Poznań 1983, S. 27.

<sup>12</sup> Zum 1. Januar 1975 wurden die Anweisungen über die Einrichtung des Unterhaltsfonds [*Fundusz Alimentacyjny*] und über die Erhöhung der Beihilfe für Pflegefamilien eingeführt. Gleichzeitig erkannte man die Pflegefamilie als Rechtsform an, in: JAN LEWANDOWSKI, Troska o dziecko w polityce społecznej PRL, Warszawa 1980, S. 81-90.

<sup>13</sup> Zu den Aufgaben des Familienrats gehörten u. a.: die Beurteilung der durchgeföhrten Projekte und das Vorlegen neuer Lösungsvorschläge zur Stärkung der Familienpolitik. AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1 – Uchwała Nr 148/78 Rady Ministrów z dnia 6 października 1978 w sprawie powołania Rady do Spraw Rodziny.

<sup>14</sup> Betriebsarchiv der Gesellschaft der Kinderfreunde in Warschau (hiernach: TPD Warszawa), Bd.: Współpraca z Państwem. Współpraca TPD z Prokuraturą Generalną od 1977 r.

<sup>15</sup> JAN KUPCZYK, Opiekuńczo-wychowawcze funkcjonowanie sądownictwa dla nielietniczych w środowisku wielkomiejskim, in: Studia Pedagogiczne. Doskonalenie funkcjonowania systemu wychowania w środowisku, hg. v. STANISŁAW KOWALSKI / STANISŁAW WAWRYNIUK, Bd. 47, Wrocław 1984, S. 216 f.

stituts für Pädagogische Forschung (*Instytut Badań Pedagogicznych*) aus dem Jahre 1987 traten bei 75 Prozent der Väter und 55 Prozent der Mütter von Heimkindern Alkoholprobleme auf.<sup>16</sup> Zudem gab es auf lokaler Ebene keine Institution, welche die vielschichtigen Schwierigkeiten der Familien komplex betrachten konnte.

Über die Situation im Fürsorgesystem wussten die TPD-Mitarbeiter sehr gut Bescheid. 1971 meldeten sie sich selbst zu Wort angesichts der kritischen Stimmen. Sie warfen den Schulen Vernachlässigung der fürsorglichen Pflichten vor. Auch die Elternbeiräte wurden scharf kritisiert: „sie helfen nicht, angemessen die Situation der Kinder im Elternhaus zu erkennen“.<sup>17</sup> Die Kinderfreunde organisierten deshalb beispielsweise die sogenannten TPD-Zirkel mit unterschiedlichem Profil (ca. 5.600 Anfang der 1960er), die während der Sommerferien mit individueller Fürsorge und finanzieller Hilfe Kinder betreuten. Die Aktivitäten der TPD umfassten auch ein Netz der Zusammenarbeit mit Schulen, Milizorganen, Familiengerichten und für die Siedlungen zuständigen Räten, dazu suchten sie Pflegefamilien und etablierten bis Mitte der 1960er Beratungsstellen.

Zu einer weiteren Initiative gehörte die Gründung der ersten Fürsorge- und Adoptionsstelle in Warschau, der im Laufe der 1960er Jahre weitere in Białystok, Bydgoszcz, Gdańsk, Katowice, Kielce, Kraków, Lublin, Rzeszów und Wrocław folgten. Sie betreuten den ganzen Adoptionsprozess und übernahmen teilweise die Fürsorge für Mütter und Kinder ohne elterliche Obhut. Außerdem organisierten sie die Schulung des pädagogischen Personals, die Betreuung der Adoptiveltern vom ersten Tag der Anmeldung bis in die späteren Jahre nach der Kindesannahme und boten Hilfe für schwangere Frauen in schwierigen Lebenslagen an.<sup>18</sup>

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verschlechterte sich die ökonomische Situation im Land. Während 1975 die Reallöhne noch durchschnittlich 24 Prozent über den Lebenshaltungskosten lagen, kehrte sich 1980 das Verhältnis um, und die Kosten waren durchschnittlich 1,6 Pro-

---

<sup>16</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 905 – Departament Kształcenia Specjalnego i Profilaktyki. Problemy sierocztwa społecznego. Raport, Warszawa 1987.

<sup>17</sup> AAN, Bd.: Współpraca z Państwem. Notatka dla Ministerstwa Oświaty i Szkolnictwa Wyższego w sprawie opieki nad dziećmi oraz zapobieganie demoralizacji i przestępcości nieletnich.

<sup>18</sup> TPD Warszaw, Bd.: Opieka nad dzieckiem osieroconym. Informacja o doświadczeniach Ośrodka Adopcyjno-Opiekuńczego Okręgu Stołecznego.

zent höher als die Gehälter<sup>19</sup>: Das Bruttoinlandseinkommen sank zwischen 1979 und 1983 um 28 Prozent.<sup>20</sup> Anfang der 1980er Jahre traten Probleme bei der Lebensmittelversorgung auf, was insbesondere für Fleisch galt.<sup>21</sup> Aber auch die Qualität von Milchprodukten verschlechterte sich. So entsprachen 1979 über 55 Prozent der Butterproben nicht den mikrobiologischen Anforderungen,<sup>22</sup> und die Milch war meistens mit Wasser verdünnt.<sup>23</sup> All dies hatte Auswirkungen auf die Fürsorge, und folglich wurden zum Beispiel mit Anordnung des Bildungsministeriums vom 29. Januar 1981 zusätzliche Gebühren für die Verpflegung der Kinder in erzieherischen Einrichtungen eingeführt.<sup>24</sup> Darüber hinaus herrschte auch ein Mangel an Industrieprodukten vor, vor allem an Waren für Kinder und an Hygieneartikeln.<sup>25</sup>

Der Staat hatte beispielsweise erhebliche Schwierigkeiten bei der Produktion oder anderweitigen Beschaffung der dringend benötigten Windeln. Mittels Schwangerenkarte durfte jede Mutter zehn so genannte „TETRA“-Windeln sowie zwei Flanellwindeln anfordern, womit die Eltern auskommen mussten. 1986 fehlten neun Millionen Paar Schuhe, weshalb nur 70 Prozent des Bedarfs abgedeckt waren. Ebenfalls mangelte es an Kleidern, für jedes Kind gab es in diesem Jahr nur 0,4 Jacken sowie 0,3 Pullis zu kaufen.<sup>26</sup> Die Mütter waren gezwungen, statt Puder Kar-

<sup>19</sup> Polen 1980–1984: Dauerkrise oder Stabilisierung? Strukturen und Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, hg. v. DIETER BINGEN, Baden-Baden 1985, S. 294.

<sup>20</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/43 – Stała Komisja ds. polityki społecznej rzecz rodzin 1982–1983. Polityka społeczna w latach 1983–1985.

<sup>21</sup> Polen 1980–1984, S. 291 f.

<sup>22</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/35 – IX Posiedzenie Rady 1981 r. Informacja na temat jakości artykułów nabiałowych z punktu widzenia zdrowotności społeczeństwa, a zwłaszcza dzieci i ludzi starszych, 20.3.1983.

<sup>23</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/48 – Stała komisja ds. materialnych warunków egzystencji rodzin 1982–1989. Rada do Spraw Rodziny, 3.2.1983.

<sup>24</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. Zarządzenie Ministra Oświaty i Wychowania w sprawie dodatkowych opłat za usługi świadczone przez placówki opiekuńczo-wychowawcze w związku ze zmianą cen detalicznych żywności, 29.1. 1981.

<sup>25</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/48 – Stała komisja ds. materialnych warunków egzystencji rodzin 1982–1989. Rada do Spraw Rodziny, 3.2.1983.

<sup>26</sup> ROBERT PRZYBYLSKI, Kolejkowy socjalizm, in: *Rzeczpospolita*, 19. Februar 2008, Nr. 15, S. 14.

toffelmehl zu benutzen. Lätzchen für die Kinder musste man oft selbst nähen.

Nach den im „Programm zur Verbesserung der sanitären Bedingungen und Rationalisierung der Verpflegung in den Bildungseinrichtungen für die Jahre 1981–1985“ beinhalteten Schätzungen sollten rund 20 Prozent (ca. 830.000) der Grundschüler zwischen dem siebten und fünfzehnten Lebensjahr mit materieller Hilfe unterstützt werden.<sup>27</sup> Die gesamte Situation wirkte sich negativ auf die physische und psychische Entwicklung der Kinder aus: Bei 20 bis 30 Prozent der Schüler und Schülerinnen beobachtete man Erziehungsstörungen. Für diese Situation waren einerseits der Nahrungsmittelmangel, andererseits die Vernachlässigung der Körperfunktionen im Bildungssystem verantwortlich.<sup>28</sup>

Nach den Berichten des Instituts für Nahrung und Ernährung (*Instytut Żywności i Żywienia*) drohte der polnischen Bevölkerung keine Hungersnot. Der Kollaps in der Lebensmittelversorgung aber war nach den „fetten 1970ern“ noch mehr spürbar: 1979 hatte ein durchschnittlicher Bürger 73 Kilo Fleisch im Jahr konsumiert. Fünf Jahre später waren es nur noch 53 Kilo.<sup>29</sup> Gleichzeitig stiegen die Ausgaben für Nahrungsmittel, im Jahre 1982 auf 50 Prozent des Haushaltsgelds.<sup>30</sup>

Noch in den 1970ern hatte man die traditionelle altpolnische Küche beworben. Parallel zu den Versorgungsgängen erschienen nun in den Zeitschriften Artikel, welche die von Fleisch und tierischen Fetten beherrschten Essensgewohnheiten kritisierten. Die Autoren dieser Artikel sahen darin auch den Grund für gesundheitliche Probleme und die Fettleibigkeit der Gesellschaft. In der Frauenzeitschrift „Uroda“ wurde 1981 der Mangel an den Fleischprodukten als eine „Wohltat“ für die Figur der polnischen Frauen dargestellt.<sup>31</sup> Mit dem Versorgungsproblem mussten auch die Mitarbeiter der Kantinen zurechtkommen, weshalb beispielsweise „der Tag ohne Fleisch“ eingeführt wurde und man häufig Fruchtsuppe mit Nudeln servierte, was eigentlich nur Kompott war.

<sup>27</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. Program poprawy warunków sanitarnych i racjonalizacji żywienia w placówkach oświatowych na lata 1981–1985.

<sup>28</sup> Ebd., dezyderat Nr. 47 Komisji: Zdrowia i Kultury Fizycznej oraz Oświaty i Wychowania.

<sup>29</sup> KATARZYNA STAŃCZYK-WIŚLICZ, Kryzys w latach 80-tych w polskiej kuchni, <http://opcit.pl/teksty/kryzys-lat-80-w-polskiej-kuchni/> (30.12.2012).

<sup>30</sup> BŁAŻEJ BRZOSTEK, PRL na widelu, Warszawa 2010, S. 25.

<sup>31</sup> Ebd.

Das Aneignen von Lebensmitteln war mit guten Beziehungen und dem Zugang zum Schwarzmarkt verbunden. Es bestand auch die Möglichkeit, in den kommerziellen Läden einzukaufen, allerdings zu viel höheren Preisen. Man tauschte die Produkte mit den Nachbarn, Bekannten oder mit der Familie. Seit Mitte 1981 traten Probleme beim Einlösen der Lebensmittelkarten auf, und daheim kochte man daher „Großmutters Essen“<sup>32</sup>: Gerichte basierend auf Mehl, Gemüse, Grütze und Erbsen. In den Frauenzeitungen wurde den Leserinnen empfohlen, Frühstücksfleisch zu verbrauchen<sup>33</sup> oder sehr große Piroggen zu formen. In anderen Zeitschriften konnte man bei den Rezepten umgekehrte Zutatenproportionen finden, in denen Fleisch als Zusatz aufgeführt wurde.<sup>34</sup>

Nicht nur die Versorgung war problematisch, sondern auch die Aufbewahrung von Lebensmitteln. Dank Krediten aus dem Westen wurden in den 1970ern die neuesten Maschinen für Molkereien und Verarbeitungsbetriebe gekauft, mit der Zeit aber funktionierten sie nicht mehr richtig, und es fehlte an Devisen, um die notwendigen Teile für die Reparatur zu kaufen. Als Folge gab es undichte Käse- und Milchverpackungen. Auch die Kältemaschinen waren oft kaputt. Darüber hinaus kam es zu Stromausfällen, was zu Salmonellenerkrankungen führen konnte, besonders in den Ferienanlagen für Kinder.<sup>35</sup> Wie die neuesten Untersuchungen der Medizinischen Universität in Danzig zeigen, gab es zwischen 1981 und 1989 eine Salmonellenepidemie in Polen. Die Anzahl der Erkrankten im Jahre 1984 war 33 Mal so hoch wie noch 1977, 1986 bereits 75 Mal so hoch, und schließlich 1988 sogar 100 Mal höher. Damit lag 1988 die absolute Anzahl an Erkrankungsfällen fast bei 100.000. Der Grund für die Salmonellenvergiftungen war der Verbrauch von Eiern und daraus hergestellten Produkten, die keiner Reglementierung unterlagen.<sup>36</sup>

Gegen Ende der 1970er verschlechterte sich auch die Leistungsfähigkeit des von den Kommunisten so hoch gelobten Gesundheitswesens. Auf dem III. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vom 30. Juni 1980 wurden die Probleme angesprochen. Man

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Kobieta i życie, Nr. 7 und 10, 1982, in: Ebd.

<sup>34</sup> Przyjaciółka, Nr. 3, 1982, in: Ebd.

<sup>35</sup> BŁAŻEJ BRZOSTEK, Zjeść w PRL, in: Gazeta Wyborcza, [http://wyborcza.pl/alehistoria/1,129847,13012106,Zjesz\\_w\\_PRL.html](http://wyborcza.pl/alehistoria/1,129847,13012106,Zjesz_w_PRL.html) (7.12.2012).

<sup>36</sup> BOŻENA DERA-TOMASZEWSKA / EWA TOKARKA-PIETRZAK, Typowanie bakteriofagowe w diagnostyce pączek „salmonella“ enteritidis występujących w Polsce, in: Postępy Mikrobiologii 51 (2012), H. 4, S. 323-329.

erwähnte einen Mangel an Arzneimitteln, unzureichende Krankenhausbetten und eine Bevorzugung der Interessen einiger Patienten.<sup>37</sup> In den Jahren 1980 bis 1982 wurden die notwendigen regelmäßigen Kontrolluntersuchungen für Kinder seltener durchgeführt. Genauso sank die Zugänglichkeit zu den Diagnostik- und Heilleistungen, und es verschlechterte sich der allgemeine hygienische Zustand in den Bildungseinrichtungen.<sup>38</sup> Nicht immer wurde die Gesellschaft vom Staat über das Ausmaß der Erkrankungen und Epidemien informiert.

Viele negative Äußerungen betrafen die Entbindungsstationen in Polen. Es herrschten unkomfortable Bedingungen vor, sodass die Frauen ihre Kinder in großen gemeinsamen Sälen zur Welt bringen mussten, und die werdenden Mütter fühlten sich unmenschlich und gefühllos vom Krankenhauspersonal behandelt. Nach Aussagen der Patientinnen wurden in vielen Fällen die Untersuchungen ohne vorherige Besprechung durchgeführt. Nach der Ankunft in der Entbindungsstation war auch die Anwesenheit des Ehemanns oder eines Familienmitglieds unmöglich. Solche Bedingungen sollten in den Entbindungsstationen bis Anfang der 1990er Jahre vorherrschen.<sup>39</sup>

Neben vielen Problemen im Alltag verlangten in dieser schwierigen ökonomischen Situation die polnischen Familien immer häufiger nach Sozialhilfe. 1983 bekamen 1.415.295 Personen Sozialleistungen, die sich auf 80 Prozent der niedrigsten Rente beliefen<sup>40</sup> – damit gehörten sie zu den niedrigsten in den sozialistischen Ländern.<sup>41</sup> 41,2 Prozent der Familien mit drei oder mehr Kindern bekamen 1985 Hilfe von außen. Meistens erhielten sie die Unterstützung von eigenen Bekannten aus dem Inland (79 %) und aus dem Ausland (14,6 %), dann von kirchlichen Ein-

---

<sup>37</sup> KLAUS ZIEMER, Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der „Ära Gierek“, Frankfurt a. M. 1987, S. 319.

<sup>38</sup> AAN, Bd.: Ministerstw Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. Opinia nr 3 Komisji: Zdrowia i Kultury Fizycznej oraz Oświaty i Wychowania.

<sup>39</sup> AGNIESZKA WOCHANA-TYMIŃSKA, Zakład produkcji dzieci. Oddział położniczy w Polsce przełomu lat osiemdziesiątych i dziewięćdziesiątych XX wieku, in: Kłopoty z seksem w PRL. Rodzenie nie całkiem po ludzku, aborcja, choroby, odmienności, hg. v. MARCIN KULA, Warszawa 2012, S. 203–232.

<sup>40</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/44 – Stała Komisja ds. polityki społecznej na rzecz rodziny 1984 r. Ocena działania skoordynowanej pomocy społecznej.

<sup>41</sup> MICHAŁ WINIEWSKI, O roli sfery socjalnej. Instytut Pracy i Spraw Socjalnych. Zakład Warunków Bytu, Warszawa 1984, S. 10.

richtungen (13,3 %), Betrieben (12,5 %), Sozialhilfe und anderen staatlichen Organisationen (6,7%).<sup>42</sup> Infolge der Medieninformationen über die Hungermärsche und Armut in Polen begann ab 1980, wie nach dem Zweiten Weltkrieg, eine „Paket-Ära“. Aus dem Ausland wurden Lebens- und Reinigungsmittel sowie Kleidung geschickt.<sup>43</sup> Besonders während des Kriegsrechts wurden im Westen die Hilfsorganisationen, Schulen und Gemeinden mobilisiert. Viele Pakete kamen in die Pfarreien. In Gdynia etwa halfen Organisationen aus den USA und sowohl katholische als auch evangelische Gemeinden aus Westdeutschland. Die Priester besaßen Listen mit den bedürftigsten Gemeindemitgliedern, und ihnen wurde die Hilfe auch direkt zugeteilt.<sup>44</sup>

Trotz der Krise sollte das Bild Polens als Sozialstaat beibehalten werden, was mit dem kostenlosen Gesundheitswesen, medizinischer Betreuung in den Schulen und der Wertevorstellung von einer „gesunden Gesellschaft“ zu tun hatte. Außer Wochenbett-, Mutterschafts- und Kindertagesstättenzulagen für behinderte Kinder wurde deshalb in der ersten Hälfte der 1980er Jahre der Erziehungsurlaub eingeführt. Unter anderem hat dieser Beschluss dazu beigetragen, dass in jener Periode die Anzahl der Geburten sogar gestiegen ist.<sup>45</sup> Viele Frauen zogen sich zudem durch den Mangel an Arbeitsplätzen in typischen Frauenberufen wie Dienstleistungsbetrieben aus dem aktiven Berufsleben zurück (zur damaligen Zeit betrug der Anteil der berufstätigen Frauen 44%)<sup>46</sup> und konzentrierten sich auf die Erziehung eigener Kinder. Dass auch Väter den Erziehungsurlaub beantragen konnten, wurde zu diesem Zeitpunkt selten wahrgenommen.<sup>47</sup>

<sup>42</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/50 – Stała Komisja ds. materialnych warunków egzystencji rodzin 1983, 1986–1987. Notatka Sygnalna Nr 32/86 dotyczy wyników jednorazowego badania ankietowego pt. „Sytuacja bytowa rodzin wielodzietnych i niepełnych z dziećmi“, 4.9.1986.

<sup>43</sup> BRZOSTEK, PRL na widelcu, S. 167.

<sup>44</sup> MARIUSZ KARDAS, Działalność Rady Charytatywnej przy kościele parafialnym pw. Najświętszego Serca Pana Jezusa w Gdyni w okresie stanu wojennego, in: Polityka i humanitaryzm. Kontakty międzynarodowe rządu i opozycji w Polsce w latach 1980–1989, Materiały z konferencji odbytej w Opolu, 18.-20.11.2009.

<sup>45</sup> CARMEN JANAS, Zum Wandel von Familienstrukturen. Ein deutsch-polnischer Vergleich, Aachen 2005, S. 173 f.

<sup>46</sup> STANISŁAWA GOLINOWSKA, Polityka rodzinna a przemiany rodzinny, gospodarki i państwa. Głos w debacie o polityce rodzinnej w Polsce, in: Polityka Społeczna, 2007, H. 8, S. 11.

<sup>47</sup> HENRYK KOSTECKI, Die Entwicklung der Familienpolitik und die Systeme für Familienzulagen, in: Die Familienpolitik im Lichte der demographischen Entwicklung, hg. v. International Social Security Association, Genf 1990, S. 85-104, hier S. 96.

Mit der Krise veränderten sich die Strukturen der polnischen Sozialpolitik nicht. Im Juni 1981 wurden während des Parteitags deren Grundsätze angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage diskutiert. Man plante unter anderem, die Effizienz des Gesundheitswesens zu erhöhen, Wartezeiten bei Wohnungszuteilungen zu verkürzen und Erscheinungen der sozialen Pathologie auf allen Ebenen durch verstärkte prophylaktische Tätigkeit und eine verbesserte gesellschaftliche Kontrolle zu bekämpfen.<sup>48</sup> Eigentlich waren in diesem Fall die vorgestellten Pläne nicht viel anders als die Forderungen der streikenden Arbeiter in den „21 Punkten“ und die aus den Augustabkommen im Jahre 1980. Daher bestand auch kein Bedarf, für die nächsten Jahre eine Umstrukturierung im System durchzusetzen.<sup>49</sup>

In der Praxis waren die Möglichkeiten des Staates nicht so groß, wie man es sich im Parteiprogramm von 1981 vorgestellt hatte. Die Regierenden unternahmen in der Folge meistens den Versuch, das Fürsorgesystem durch Gesetze zu optimieren. So etwa im Fall der Kinderheime: Mit einer Anordnung aus dem Jahr 1980 wurden dort neue Erziehungsmodelle eingeführt, welche familiäre Formen der Lebensorganisation widerspiegeln sollten.<sup>50</sup> Es überrascht also nicht, dass die Mitglieder des Familienrates Anfang der 1980er Jahre vom Sozialdienst und von gesellschaftlichen Organisationen wie dem Polnischen Roten Kreuz oder dem Bund der Polnischen Frauen (*Liga Kobiet Polskich*, LKP) härtere Anstrengungen und Kooperation untereinander sowie Zusammenarbeit mit den Staatsorganen zwecks schneller Einschätzung der finanziellen Situation der Familien verlangten.<sup>51</sup>

Hilfe war jedoch nicht immer einfach. Das lag daran, dass jede staatliche oder gesellschaftliche Institution über eigene Karteien verfügte. Ohne Informationaustausch konnte man nicht prüfen, ob eine Familie nicht schon von einer anderen Organisation Hilfe erhielt. Was in kleineren Gemeinden noch durch persönliche Kontakte überschaubar war, blieb woanders unrealisierbar.

---

<sup>48</sup> RAINER HASL, Normative und instrumentelle Aspekte der polnischen Sozialpolitik, Frankfurt a. M. 1985, S. 464-467.

<sup>49</sup> Ebd., S. 466.

<sup>50</sup> ALBIN KELM, Formy opieki nad dzieckiem w Polsce Ludowej, Warszawa 1983, S. 188.

<sup>51</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/55 – Zespół ds. koordynacji polityki społecznej na rzecz kobiet i rodzin w okresie Dekady Kobiet 1976–1985. Wnioski w sprawie dalszego rozwoju badań na sytuację materialną rodzin.

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation erreichte die Tätigkeit der TPD eine neue Dimension. Viele ihrer Mitarbeiter verglichen die 1980er mit der Nachkriegszeit. Besondere Gefahren sahen sie im so genannten „Eiweißhunger“, der durch den Mangel an Fleisch, Milch und Milchprodukten verursacht worden war.<sup>52</sup> Genauso wie damals konzentrierte sich die Arbeit der Gesellschaft zum größten Teil auf die direkte Hilfe für Kinder und ihre Familien. Das galt als notwendig, nicht nur direkt wegen der mangelhaften Versorgung, sondern auch aufgrund schlecht funktionierender anderer Zweige der Kinderfürsorge. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass während des Kriegsrechts viele fürsorgliche Selbstverwaltungsorganisationen aufgelöst wurden, was für die TPD eine zusätzliche Arbeitsbelastung bedeutete.

Wie man aus dem 1981 vorgelegten „Bericht über die Bedingungen des Lebens- und Berufsbeginns der Jugendlichen“ erfährt, verschlechterte sich der Zustand der Vorschulerziehung. Es gab zu wenige Plätze in den Kindergärten, und es fehlte an Personal. Auf dem Land ließ das Niveau dieser Einrichtungen viel zu wünschen übrig. Man brauchte eine Erweiterung der Arbeit an den Schulen, die über den Unterricht hinausging, und eine bessere Organisation des Zurschulebringens der Kinder. Die TPD forderte eine Verallgemeinerung und Verlängerung der finanziellen Erziehungs hilfe, damit die Kleinkinder länger zu Hause bleiben konnten, und um Krippen nur als eine Ergänzung in der Fürsorge betrachten zu können. Ein anderes Thema bildete die Bekämpfung der sozialen Dysfunktionalitäten. Man war sich einig, dass Schulen und staatliche Inobhutnahmen allein dieses Problem nicht lösen können. Daher musste man neue Formen der Zusammenarbeit mit den Familien entwickeln. Das forderte der Parteitag vom Juni 1981, die meisten Projekte wurden jedoch zu diesem Zeitpunkt gestoppt.<sup>53</sup>

Bei der Arbeit der TPD in den 1980er Jahren kann man von einer Zweigleisigkeit sprechen. Neben der Bekämpfung der direkten Folgen der Wirtschaftskrise erfüllte die Gesellschaft weiter ihre statutarischen Aufgaben. Anders als in den vorherigen Jahren schwächte jedoch der gesellschaftliche Faktor ihre Arbeit ab. Meistens engagierten sich nur die Lehrer für die neuen Projekte der TPD. Außerdem fand man nur wenig Verbindung zu den Verwaltungsstrukturen, besonders auf Wojewodschaftsebene sowie im direkten Erfahrungsaustausch zwischen der Hauptverwaltung in

---

<sup>52</sup> BOHDAN TRACEWSKI, Przyjaciele Dzieci, Warszawa 2009, S. 169.

<sup>53</sup> TPD Warszawa, Bd.: Współpraca z Państwem. Opinia do raportu o warunkach startu życiowego i zawodowego młodzieży, 2.4.1981.

Warschau und den einzelnen Ressorts.<sup>54</sup> Deshalb ist das Handeln der Gesellschaft in den 1980er Jahren weiter institutionalisiert worden. Auf lokaler Ebene repräsentierten sie TPD-Gemeinde- oder TPD-Stadtverwaltungen, welche unter der Kontrolle der zuständigen Wojewodschaftsverwaltungen standen. Aber immer öfter war die TPD auf sich allein gestellt. Die Ablehnung vieler ihrer Initiativen durch den Staat wegen fehlender finanzieller Mittel motivierte ihre Mitglieder zu selbständigem Handeln. Die TPD fungierte zwar weiter im Rahmen des polnischen Fürsorgesystems, es kam aber zu Lockerungen im strikten Befolgen politischer Richtlinien.

Für diese Untersuchung ist es notwendig, einige Zahlen anzuführen. Ende 1980 zählte Polen 35,73 Millionen Einwohner,<sup>55</sup> darunter über zehn Millionen Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr.<sup>56</sup> Im Jahre 1983 gab es rund zwölf Millionen Familien, und es wurde die größte Geburtenrate erreicht.<sup>57</sup> 1,25 Millionen Kinder waren nach den Untersuchungen des Instituts für Kriminalitätsproblematik (*Instytut Problematyki Przestępcości*) von Armut oder Demoralisierung bedroht.<sup>58</sup> Die TPD betreute rund 200.000 Kinder,<sup>59</sup> darunter 65.000 aus dysfunktionalen Familien; mit ihnen arbeiteten 15.000 individuelle Betreuer. In den Vordergrund der Arbeit der Gesellschaft rückten in den 1980ern Kinder aus in finanzielle Not geratenen Familien und solche mit unterschiedlichen Graden an Behinderungen mitsamt ihrer Familien, die bis dahin auf die Unterstützung des Staates angewiesen waren. Besonders der zweiten Gruppe wurde große Aufmerksamkeit zuteil. Diese schwerpunktmaßige Hilfe bestimmt das Handeln der Gesellschaft bis heute.

---

<sup>54</sup> TPD Warszaw, Bd.: Koła Towarzystwa Przyjaciół Dzieci. Protokół z plenarnego zebrania Zarządu Wojewódzkiego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Krakowie, 20.6.1985.

<sup>55</sup> TPD Warszaw, Bd.: Ministerstwo Zdrowia. Stan rozwoju zawodowej służby socjalnej w roku 1982.

<sup>56</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/66 – Projekt ustawy o ochronie nieletnich przed demoralizacją. Informacja o sytuacji dzieci i młodzieży wychowujących się w środowiskach wiejskich zagrożonych alkoholizmem i demoralizacją, Warszawa 1981.

<sup>57</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/17 – Posiedzenie Prezydium Rady ds Rodziny, protokół z materiałami 1984. Działalność Rady do Spraw Rodziny w 1983 roku.

<sup>58</sup> TPD Warszaw, Bd.: Prawa dziecka. Najpilniejsze potrzeby dzieci w świetle doświadczeń i ocen Towarzystwa Przyjaciół Dzieci, Warszawa 1981.

<sup>59</sup> TPD Warszaw, Bd.: Współpraca z Państwem. List Zarządu Głównego TPD z dnia 10 czerwca 1982 roku do Wicepremiera Rady Ministrów Zenona Komendera, 10.6.1982.

Bis zu Beginn der 1980er Jahre arbeitete die TPD ausschließlich mit geistig behinderten Kindern, und unter ihrem Patronat handelte das für die Hilfe zuständige Komitee (*Komitet Pomocy Dzieciom Specjalnej Troski*). Die Gesellschaft führte Aufklärungsaktionen im Radio und Fernsehen über die gesellschaftliche Situation dieser Kinder durch und organisierte für sie Zirkel.<sup>60</sup> Probleme in der Versorgung sowie die Verschlechterung der Situation in den Krankenhäusern lösten für ihre Familien, die teils unter unterschiedlichen Erkrankungen gelitten hatten, neue Schwierigkeiten aus: Es wurden viele Ferienlager für diese Kinder gestrichen, von neuen Rehabilitationsanstalten konnte keine Rede mehr sein, und es mangelte an diätetischen Lebensmitteln. Auch deswegen schlossen sich immer mehr Eltern im Kampf um die existentielle Absicherung ihrer erkrankten Kinder zusammen.

Ihren Fürsprecher fanden sie in der Gesellschaft der Kinderfreunde. So entstanden dort drei neue Komitees (für gehbehinderte, zuckerkranke und auf glutenfreie Diät angewiesene Kinder). Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit den oben genannten Erkrankungen betrug zwischen 400.000 und 500.000; hiervon bildeten die geistig behinderten Kinder mit circa 250.000 die größte Gruppe.<sup>61</sup> Für sie konnte der Staat nur zu fünf Prozent den Bedarf an Kindergartenplätzen abdecken,<sup>62</sup> weswegen auch die meisten von ihnen zu Hause blieben.

Eine wichtige Frage war die Finanzierung der TPD-Projekte. In den vorangegangenen Jahren finanzierte der Staat über Subventionen, durch Kommunen oder Berufsinstitutionen etwa 70 Prozent der Ausgaben der TPD. Den Rest deckte die Organisation selbst ab – beispielsweise durch Beiträge oder Spenden.<sup>63</sup> In den krisenhaften 1980er Jahren musste sie wegen der begrenzten Unterstützung durch die Regierung neue Wege der Finanzierung finden. Seit Ende 1981 arbeitete in ihrer Hauptverwaltung das Bürgerkomitee des gesellschaftlichen Fonds der Kinderhilfe (*Obywa-*

<sup>60</sup> TRACEWSKI, Przyjaciele Dzieci, S. 243-250.

<sup>61</sup> TPD Warszaw, Bd.: Współpraca z Państwem. Uwagi, postulaty i wnioski Towarzystwa Przyjaciół Dzieci nt. poprawy opieki nad osobami niepełnosprawnymi w wieku rozwojowym, Mai 1983.

<sup>62</sup> TPD Warszaw, Bd.: Prawa dziecka. Najpilniejsze potrzeby dzieci w świetle doświadczeń i ocen Towarzystwa Przyjaciół Dzieci, Warszawa 1981.

<sup>63</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty w Warszawie [1944] 1945–1956, 281 – Robotnicze Towarzystwo Przyjaciół Dzieci – działalność Zarządu Głównego i Oddziału Warszawskiego. Sprawozdanie Komisji Ministerstwa Oświaty, powołanej do zbadania całokształtu działalności RTPD.

*telski Komitet Społecznego Funduszu Dzieciom*);<sup>64</sup> man suchte nach neuen Spendern im Inland – zum Beispiel die Staatliche Lotterie<sup>65</sup> – und im Ausland. Kontakte zu westlichen Organisationen pflegte die TPD allerdings schon früher. An der Hilfe für die erkrankten Kinder beteiligten sich besonders „Radda Barnen“ aus Schweden und „Red Barnet“ aus Dänemark. Sie lieferten glutenfreie Lebensmittel und Rehabilitationsgeräte nach Polen.<sup>66</sup>

Die Betreuung von erkrankten Kindern war ein Teil der Arbeit der TPD. Sie strebte damit eine Individualisierung der Familienhilfe an. Die TPD-Mitarbeiter wollten zu den Bedürftigsten kommen, daher appellierten sie an die Betriebe, sie auf die Situation in den Elternhäusern aufmerksam zu machen.<sup>67</sup> Es ging dabei nicht nur um materielle oder finanzielle Unterstützung, denn die existenzielle Not der Familien war oft mit anderen Problemen verbunden. Deswegen sprach sich die Gesellschaft für eine umfassende Betrachtung der familiären Lage aus, wofür man die Zusammenarbeit mit Schulen und Gerichten brauchte, aber auch mehr Rechte für die TPD-Mitarbeiter. Die schon erwähnte Streuung der Kompetenzen in der Sozialhilfe verlangte viel Engagement, um im konkreten Fall helfen zu können. Um diese Arbeit zu optimieren, forderte die Gesellschaft, die Beachtung von Kinderrechten besser kontrollierten zu dürfen,<sup>68</sup> was 1985 durch eine Änderung ihrer Statuten ermöglicht wurde.<sup>69</sup>

Mehrköpfige Familien hatten sich oft mit schlechten Wohnbedingungen herumzuschlagen. Es gab Fälle, wo sich bis zu zehn Personen eine

---

<sup>64</sup> TPD Ciechanów, Regulamin Wewnętrzny Obywatelskiego Komitetu Społecznego Funduszu Dzieciom, 10.12.1981.

<sup>65</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Warszawie do Dyrektora Państwowego Monopolu Loteryjnego Obywatela Leona Palczyńskiego, 5.2.1985.

<sup>66</sup> TPD Warschau, Bd.: Ministerstwo Oświaty w Warszawie. List Zarządu Głównego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Warszawie do Ministerstwa Oświaty i Wychowania. Gabinet Ministra, 19.1.1982.

<sup>67</sup> TPD Ciechanów, Protokół posiedzenia Komisji ds. pomocy Dziecku i Rodzinie przy Zarządzie Wojewódzkim Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Ciechanowie, 9.6.1987.

<sup>68</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Warszawie do Ministerstwa Spraw Wewnętrznych. Departament Społeczno-Administracyjny w Warszawie, 15.8.1983.

<sup>69</sup> Nach der Anordnung konnte die TPD diese Berechtigung zusammen mit den zuständigen Behörden ausüben, vgl. Zarządzenie Ministra Spraw Wewnętrznych z dnia 1 lipca 1985 r. w sprawie ustalenia i ogłoszenia statutu stowarzyszenia wyższej użyteczności „Towarzystwo Przyjaciół Dzieci“, in: Monitor Polski, 1985, Nr. 19, Pos. 147, S. 2 f.

Einzimmerwohnung teilen mussten.<sup>70</sup> Trotz aller Pläne zur Lösung dieses Problems in den 1970ern änderte sich daran kaum etwas: Zwischen 1979 und 1982 sank die Anzahl der Neubauten, besonders der soziale Wohnungsbau wurde vernachlässigt. In Schätzungen aus dem Jahr 1984 sprach man von einem zusätzlichen Bedarf an 2,1 Millionen Wohnungen bis 1990, was eine Fertigstellung von circa 350.000 Wohnungen jährlich bedeutet hätte (zum Vergleich: 1982 waren es 185.000).<sup>71</sup>

Eine andere Gruppe, die zu diesem Zeitpunkt immer häufiger um Hilfe ersuchte, stellten Alleinerziehende mit ihren Kindern dar. Insgesamt gab es Anfang der 1980er Jahre elf Prozent unvollständige Familien. Meistens waren das die von niedriger Rente oder staatlichen Leistungen lebenden alleinerziehenden Mütter. Außer finanziellen Schwierigkeiten waren die Familienmitglieder oftmals von Krankheit gezeichnet und mit ihrer Situation überfordert. Auch thematisierte man „schlechte“ Mütter: Manche waren in schlechte Gesellschaft geraten oder dem Alkohol nicht abgeneigt. Durch neue Beziehungen zu Männern vernachlässigten sie ihre Kinder, was bei diesen oft zu Verhaltensstörungen führte. Nach Schätzungen des „Berichtes über die Bedingungen des Leben- und Berufsstarts der Jugend“ aus dem Jahre 1981 traten bei 34 Prozent der Minderjährigen aus diesen Familien Schulprobleme auf, für neun Prozent dieser Kinder begann ihre Bildung mit Verzögerung.<sup>72</sup>

Die Absicherung der existenziellen Bedürfnisse der Kinder stellte in den Krisenjahren die größte Herausforderung für die TDP dar. Wie den Familien geholfen wurde, lässt sich dank erhaltener Dokumente der TPD-Hauptverwaltung der ehemaligen Wojewodschaft Ciechanów aus den Jahren von 1982 bis 1987 feststellen: Auf lokaler Ebene war eine kooperative Arbeit mit staatlichen Organen wie Schulen, Gemeindeverwaltungen, Sozialhilfe, Krankenhäusern, Familiengerichten und dem Polnischen Roten Kreuz zu beobachten. Es wurden Umfragen über die Situationen der bedürftigen Familien erstellt, um zu erfahren, welche Hilfe sie bereits bekommen hatten oder was für sie am nötigsten wäre. Meistens waren das Lebensmittel, Kleider und einmalige Zuschüsse.

---

<sup>70</sup> TPD Ciechanów, Dane o rodzinach potrzebujących z Rybna, 23.10.1989.

<sup>71</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/15 – Posiedzenie Prezydium Rady do Spraw Rodziny. Protokół z notatkami 1984 r. Polityka mieszkaniowa realizacja i zamierzenia. Syntez, Warszawa 1984.

<sup>72</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/57 – Raport o warunkach startu życiowego i zawodowego młodzieży, Warszawa, März 1981.

Nicht zu unterschätzen ist das Engagement der zur TPD gehörenden Parteivertreter. Dank ihrer Beziehungen konnten sie inoffiziell oft die nötigsten Aufgaben erledigen. Zum Beispiel wurde im Jahre 1975 in Ciechanów der Vizekurator des Bildungswesens Franciszek Budzianowski zum Vorsitzenden der Wojewodschaftsverwaltung der TPD berufen; er blieb auch nach 1990 im Amt.<sup>73</sup> Im Unterschied zu den oft politischen Besetzungen in der Hauptverwaltung in Warschau, was natürlich nicht *per se* im Widerspruch zu ehrlichem Engagement stand, wurden Entscheidungen auf lokaler Ebene oft aus der Überzeugung der anderen TPD-Mitglieder getroffen; trotz der statutarischen Erklärung über die Aufgabe der Kinderfreunde „zur Vorbereitung der jungen Generation auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft“<sup>74</sup> lag der Fokus in der Provinz hauptsächlich auf der Kinderhilfe.

Von der TPD wurden außer der individuellen Hilfe auch größere Aktionen durchgeführt. Viele an die Staatsorgane gerichtete Forderungen wurden zwar geprüft und als notwendig anerkannt, blieben jedoch auf dem Papier stehen. Beispielhaft kann man den Antrag des Mutter-Kind-Instituts in Warschau (*Instytut Matki i Dziecka*) aus dem Jahr 1981 auf Zuteilung von Verpflegung für die Kinder der Internatsschulen<sup>75</sup> oder die für das Schuljahr 1982/83 geplante TPD-Initiative „Ein Glas Milch“ anführen.<sup>76</sup>

Zudem waren auch noch die bis dato funktionierenden Programme bedroht. Das betraf zum Beispiel die Ferienanlagen, die außer Erholung für die Kinder auch Rehabilitation oder Sprechstunden mit Ärzten boten. Um dieses Angebot aufrechtzuerhalten, brauchte die TPD 1982 eine staatliche Förderung in Höhe von 100 Millionen Zloty<sup>77</sup> (in diesem Jahr

---

<sup>73</sup> Informationen nach dem im Juni 2012 durchgeführten Interview mit Jadwiga Parocka, Vorsitzende der Stadt-Kreisverwaltung der TPD in Ciechanów.

<sup>74</sup> TPD Warschau, Bd.: Statut Towarzystwa Przyjaciół Dzieci. Statut Towarzystwa Przyjaciół Dzieci, Warszawa 1977, S. 4.

<sup>75</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. List Instytutu Matki i Dziecka do Ministra Oświaty i Szkolnictwa Wyższego, Warszawa, 18.3.1981; Odpowiedź Ministerstwa Oświaty na list Instytutu Matki i Dziecka, Warszawa, 30.5.1981.

<sup>76</sup> TPD Warschau, Bd.: Ministerstwo Oświaty w Warszawie. Wniosek Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w sprawie wprowadzenia obowiązku powszechnego posiłku szkolnego z poczatkiem roku szkolnego 1982/83.

<sup>77</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego TPD do Wiceprezesa Rady Ministrów Prof. Jerzego Ozdowskiego, 3.3.1982.

kostete ein Dollar 86 Zloty).<sup>78</sup> Vor einer ähnlichen Situation standen im Jahre 1984 die Frühinterventionszentren: Ohne regelmäßige Finanzierung konnten sie nicht mehr funktionieren.<sup>79</sup>

Dank der Kontakte zu ausländischen Organisationen oder Partnerstädten reisten immer mehr Kinder in den 1980ern ins Ausland. Für die Bezirksverwaltung der TPD in Konin (Großpolen) fing 1984 der Ferienaustausch mit der DDR an. Vier Jahre später luden Gemeinden aus Bayern und der Verein „Partnerschaft“ aus Karlsruhe die ärmsten Kinder aus der Region zu sich ein.<sup>80</sup> Die TPD-Mitglieder sprachen dabei in manchen Fällen von einer „biologischen Bedrohung der jungen Generation“<sup>81</sup> und wollten dort, wo es möglich war, eigene Initiativen durchsetzen. Besondere Aufmerksamkeit verlangte nach Meinung der TPD die Fürsorge für Kinder bis drei Jahren. Die Gesellschaft sah sich in dieser Sache als Mitinitiator und versuchte den Staatsrat in den Wojewodschaften zu mobilisieren. Letzterer sollte für die Analyse der Bedürfnisse und die Organisation der Fürsorge in bestimmten Gebieten zuständig sein und als Hilfsorgan der TPD handeln.<sup>82</sup>

Das Engagement in den 1980er Jahren bewirkte wie nie zuvor ein gesteigertes Vertrauen gegenüber den Kinderfreunden. Man kann von einer Wiederbelebung der Gesellschaft als philanthropischer Organisation in den Augen der polnischen Bevölkerung sprechen. Nach der Reaktivierung der TPD (damals noch RTPD) 1944 und nach der offensichtlichen Kooperation mit dem Staat, besonders bei der Führung der Laienschulen bis zum Jahre 1956, änderte sich das Bild der TPD als gesellschaftlicher Institution. In den folgenden Jahren blickte die Gesellschaft auf ihre Traditionen aus der Zwischenkriegszeit zurück und berief sich in der Praxis immer weniger auf die Ideale der sozialistischen Erziehung. Darauf baute sie ein neues Verhältnis zur polnischen Bevölkerung auf.

<sup>78</sup> ANDRZEJ JEZIERSKI / CECYLIA LESZCZYŃSKA, Historia Gospodarcza Polski, Warszawa 2003, S. 548.

<sup>79</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego TPD do Sekretarza Rady ds. Ludzi Starszych, Inwalidów i Osób Niepełnosprawnych przy Radzie Ministrów Ob. Dra Zdzisława Szamborskiego, 9.7.1984.

<sup>80</sup> Kalendarium Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w latach 1955–2010, Konin 2010.

<sup>81</sup> TPD Warschau, Bd.: Ministerwo Sprawiedliwości. Sprawozdanie z działalności Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w 1981 r.

<sup>82</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Uwagi i propozycje Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w sprawie rozwoju uzupełniających form opieki nad małym dzieckiem, 16.12.1987.

Zwischen den Kinderfreunden und der Regierung existierte eine Wechselbeziehung. In den 1980ern beobachtet man einen Wandel in diesen Verhältnissen: Die TPD wurde in ihrem Handeln selbständiger und konnte ohne Absprachen mit den zuständigen Staatsorganen eigene Initiativen ergreifen. Für die Gesellschaft begann also mit den Krisenjahren ein neues Kapitel, weil das ganze Fürsorgesystem kollabierte. Die Durchführung der in den 1970er Jahren angefangenen Reformen wurde gestoppt; die Konzentration auf die Nothilfe verdrängte die pädagogische Arbeit mit Eltern und Kindern, und der Verzicht auf geeignete, notwendige Maßnahmen brachte Desorganisation in manche Polikliniken und in Bildungseinrichtungen. Letztendlich war der Staat auf Hilfe von außen angewiesen.

Die Periode der 1980er Jahre schließt ein bedeutendes Kapitel in der Geschichte der TPD. Nach der Reaktivierung der Organisation direkt nach dem Krieg kam schon bald, mit der Verstaatlichung der christlichen und gesellschaftlichen Institutionen Anfang der 1950er, die Zeit des Kampfes um einen Platz in der polnischen Kinderfürsorge. In den 1960er und 1970er Jahren passte sich die TPD an die Bedürfnisse des Fürsorgesystems an. Die Entwicklung neuer Methoden, die als Grundlage für das weitere Wirken der Organisation dienten, fiel gerade in diese Zeit. Die 1980er waren die Jahre der anstrengendsten Arbeit der Gesellschaft der Kinderfreunde. Viele Schicksale polnischer Familien lagen in ihren Händen, und oft mussten TPD-Mitarbeiter auf sich allein gestellt Entscheidungen treffen.